

Folgebefragung 2026

des Verbandes katholischer Altenhilfe in Deutschland e.V. (VKAD)
und des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e.V. (DEVAP)

Bearbeitung von Anträgen auf Hilfe zur Pflege nach SGB XII und deren Auswirkungen auf Träger stationärer Pflegeeinrichtungen

20. Mai 2026

Kontakt VKAD

Andreas Wedeking
Geschäftsführer des Verbandes katholischer Altenhilfe in Deutschland e.V.
E-Mail: andreas.wedeking@caritas.de
Telefon: 030 284447-852

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Situation von Trägern der Langzeitpflege bleibt angespannt. Bereits die Umfrage des Verbandes katholischer Altenhilfe in Deutschland e. V. (VKAD) und des Deutschen Evangelischen Verbandes für Altenarbeit und Pflege e. V. (DEVAP) im April 2025 hatte gezeigt, dass verzögerte Kostenübernahmen durch Sozialhilfeträger zu erheblichen Außenständen bei Pflegeeinrichtungen führen. Das Problem besteht bundesweit.

Im April 2026 führten VKAD und DEVAP eine Folgebefragung unter ihren Mitgliedern durch. Ziel war es zu prüfen, ob sich die Problemlage seit 2025 verändert hat. Die Ergebnisse zeigen: Eine erkennbare Entspannung ist nicht eingetreten.

An der Umfrage 2026 beteiligten sich **133 Träger** in Mitgliedschaft von VKAD und DEVAP. Diese betreiben insgesamt **517 Einrichtungen** mit **42.890 Bewohner:innen**. Von diesen sind **17.462 Menschen** aktuell auf Hilfe zur Pflege angewiesen.

Zentrale Ergebnisse:

Sozialhilfeanträge: 41 Prozent der Bewohner:innen sind aktuell auf Hilfe zur Pflege angewiesen.

Außenstände: 31 Prozent dieser Antragsteller:innen warten auf Kostenübernahmen von Sozialhilfeträgern. Davon warten:

- 24 Prozent 6 bis 12 Monate im Antragsverfahren.
- 12 Prozent sogar länger als 12 Monate.

Belastung der Träger:

- 27 Prozent der betroffenen Einrichtungen verzeichnen durchschnittliche Außenstände zwischen 50.000 bis 100.000 Euro.
- 29 Prozent der Einrichtungen sehen dadurch ihre Liquidität gefährdet.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass verzögerte Entscheidungen über Anträge auf Hilfe zur Pflege weiterhin erhebliche wirtschaftliche Folgen für stationäre Pflegeeinrichtungen haben. Träger gehen über Monate hinweg in Vorleistung, obwohl die Finanzierung der Versorgung sozialhilfebedürftiger Bewohner:innen in der Verantwortung der zuständigen Sozialhilfeträger liegt.

Verschärfung der Problematik für das Pflege neuordnungsgesetz

Die Problemlage dürfte durch die aktuelle pflegepolitische Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnen. Sollten Leistungszuschläge für Pflegeheimbewohner:innen im Rahmen des Pflege neuordnungsgesetzes (PNOG) später entlasten als bisher, steigen die Eigenanteile zu Beginn eines Heimaufenthalts. Damit wächst das Risiko, dass mehr Bewohner:innen Hilfe zur Pflege beantragen müssen. Umso gravierender sind verzögerte Bescheide für Kostenübernahmen der Sozialhilfeträger: Sie führen direkt zu Außenständen bei den Einrichtungen und erhöhen deren Liquiditätsrisiko.

Ausgangslage und Ziel der Folgebefragung

Die vorliegende Folgebefragung untersucht, wie sich die Problematik offener Forderungen gegenüber Sozialhilfeträgern seit der letzten Erhebung 2025 verändert hat. Im Mittelpunkt steht die wirtschaftliche Belastung freigemeinnütziger Träger stationärer Langzeitpflege durch verzögerte Entscheidungen über Anträge auf Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII.

Die soziale Pflegeversicherung nach dem SGB XI ist als Teilleistungssystem angelegt. Sie deckt nicht alle Kosten stationärer Pflege. Trotz Leistungsbeträgen nach Pflegegrad (§ 43 SGB XI) und des seit 2022 geltenden Leistungszuschlags nach § 43c SGB XI verbleiben erhebliche Eigenanteile bei den Pflegebedürftigen. Steigende Pflegesätze führen dazu, dass immer mehr Bewohner:innen diese Kosten nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen tragen können und auf Hilfe zur Pflege angewiesen sind.

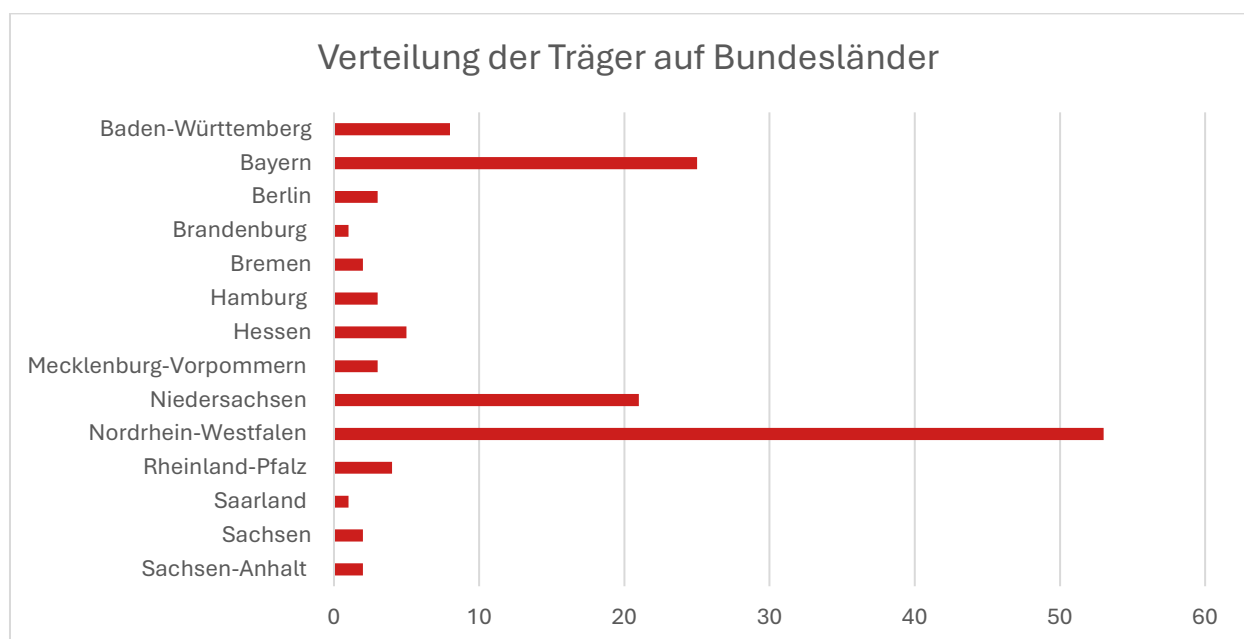
Diese Entwicklung könnte sich durch die im Rahmen des Pflegeordnungsgesetzes diskutierten Änderungen verschärfen. Wenn Leistungszuschläge für Pflegeheimbewohner:innen später einsetzen als bisher, steigt der privat zu tragende Eigenanteil insbesondere zu Beginn des Heimaufenthalts. Damit dürfte auch die Bedeutung der Hilfe zur Pflege weiter zunehmen.

Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Hilfe zur Pflege führen dazu, dass Pflegeeinrichtungen über Monate hinweg ungedeckte Kosten tragen. In dieser Zeit erbringen sie Leistungen, ohne dass die Finanzierung abschließend gesichert ist. Dauert die Bearbeitung länger an, werden aus Einzelfällen strukturelle Außenstände und ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für die Träger.

Die Befragung fand vom 15. bis 29. April 2026 statt.

Verteilung der Träger auf Bundesländer

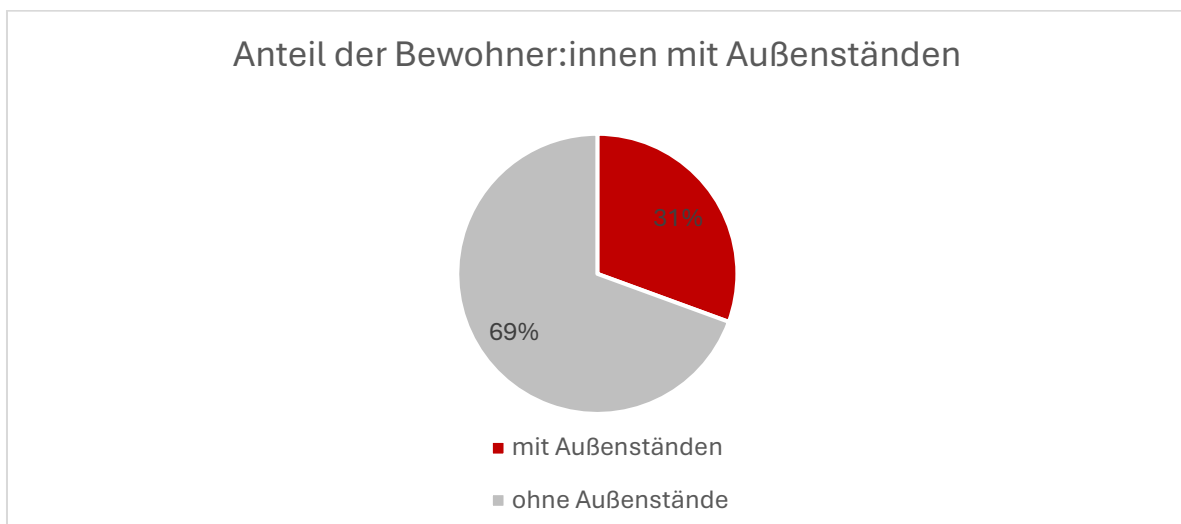
Insgesamt nahmen an der Umfrage 133 Träger mit Pflegeeinrichtungen in 14 Bundesländern teil. Dabei haben Träger auch Einrichtungen in mehreren Bundesländern. Insgesamt betreiben sie 517 Einrichtungen mit 42.890 Plätzen.



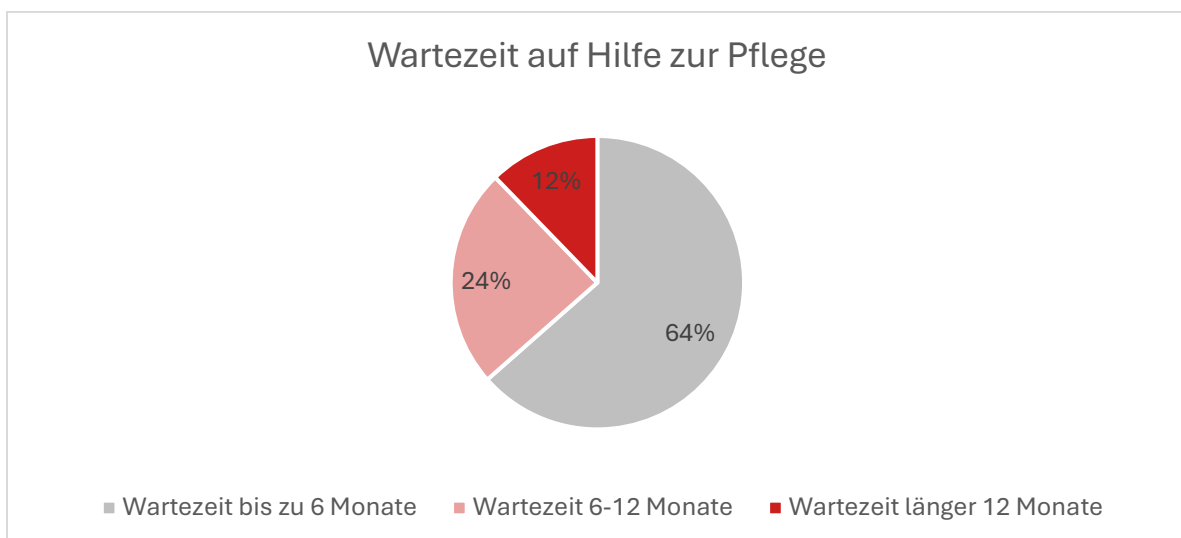
Sozialhilfebedarf und Außenstände

Sozialhilfebedarf: Nach Auskunft der Pflegeeinrichtungen stellen von den 42.890 Pflegebedürftigen 17.462 einen Antrag beim Träger der Sozialhilfe (Hilfe zur Pflege nach SGB XII). Das entspricht 41 Prozent aller Pflegebedürftigen dieser Einrichtungen.

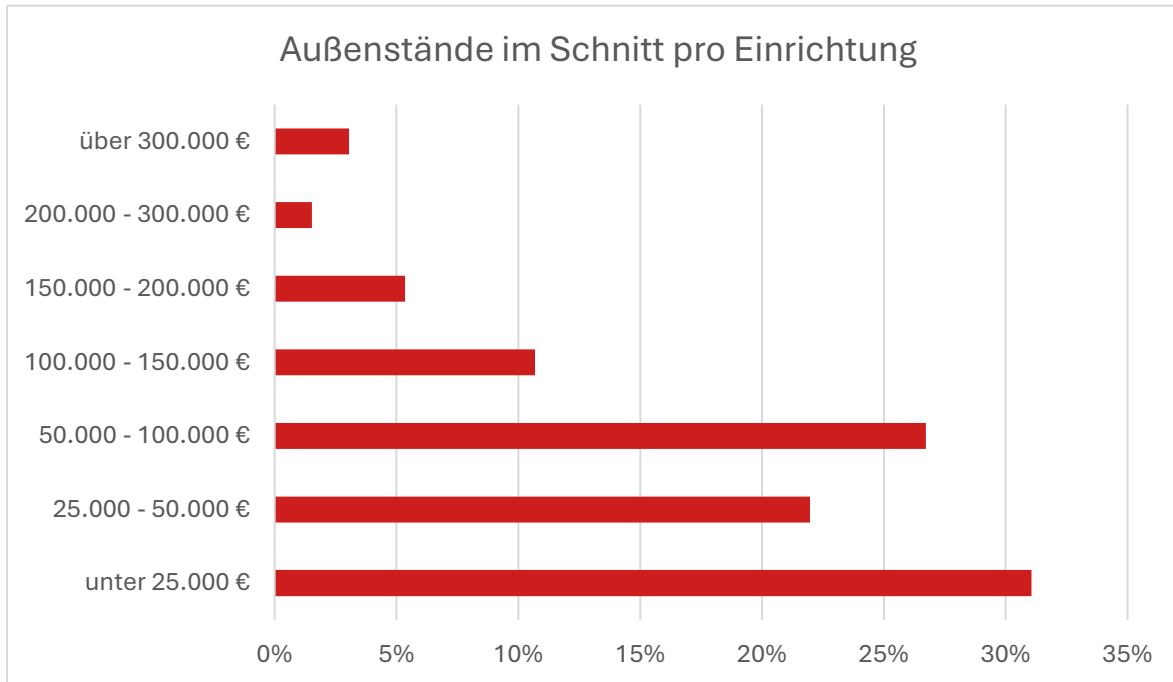
Außenstände: Von den 17.462 Bewohner:innen, die einen Sozialhilfeantrag gestellt haben, sind bei 5.339 pflegebedürftigen Personen ausstehende Kostenübernahmen durch die Sozialhilfeträger zu verzeichnen. Das sind 31 Prozent aller Antragsteller:innen.



Wartezeiten auf den Bescheid der Kostenübernahme: Anteil der Bewohner:innen, die bis zu 12 Monate, 6 bis 12 Monate bzw. länger als 12 Monate auf den Bescheid der Kostenübernahme warten.



Durchschnittliche Außenstände pro betroffener Pflegeeinrichtung: Fast jede zweite betroffene Einrichtung verzeichnet Außenstände von mehr als 50.000 Euro



Gefährdung der Liquidität: 29 Prozent der Einrichtungen oder jede dritte Einrichtung, gibt an, dass sie ihre Liquidität gefährdet sieht.

